

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abon. & mentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 12.— M., bei Selbstabholung 11.— M. — Preis der Einzelnummer 70 Pfennig  
Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4598  
Postkassentor Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13893. — Verlag in Leipzig,  
Tauscher Straße 10/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 3.— M., bei Platzvorschritt 3.80 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.40 M.  
Reklame-Kolonelleise 12.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Der Stand des Eisenbahnerstreiks.

### Weitere Ausdehnung in Baden und Mecklenburg.

Der Eisenbahnerstreik verschärft sich von Stunde zu Stunde. Wie wir es bereits am Donnerstag vorausgesagt haben, hat das Koalitionsverbot des Reichspräsidenten über die Wirkung ausgeübt, daß sich die Eisenbahnerstreikbewegung und die noch nicht streikende Beamtenschaft wie ein Mann erhoben hat, um die Angriffe auf die Errungenschaften der Revolution abzuwehren.

Durch das Vorgehen der Regierung ist der Kampf einer Gruppe von Eisenbahnbeamten zu einem Kampf der ganzen Arbeiterklasse geworden. Auch diejenigen Kreise, die der Sonderaktion der Reichsgewerkschaft von vornherein ablehnend gegenübergestanden haben, wie die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes, beteiligen sich mehr und mehr an dem Ausstand. Die Regierung hat durch ihr Verhalten zu einer bedeutenden Verschärfung beigetragen und dafür gesorgt, daß dieser rein wirtschaftliche Kampf nunmehr politische Form angenommen hat. Die Regierung, die glaubte, mit ihrer Gewaltpolitik ihre Autorität am besten wahren zu können, hat das Gegenteil davon erreicht. Ihre Stellung ist mehr und mehr unhaltbar geworden. Die bürgerlichen Politiker, die wahrscheinlich nicht ganz unschuldig an der Sonderaktion der treibenden Beamtengruppe sind, stehen händelnd beiseite. In ihrer Brust regt sich die Hoffnung, daß es durch den Streik gelingen möge, die verhasste Regierung zum Sturz zu bringen und die ersehnte Rechtsregierung zu bilden. Viele Reaktionsäre hoffen wohl, daß durch den Eisenbahnerstreik einerseits die geistigen Voraussetzungen für ihr Kommen geschaffen werden, andererseits aber die Arbeiterklasse durch die Auswirkungen des Streiks materiell so geschwächt wird, daß mit ihr nach Belieben umgesprungen werden kann. Es ist zum mindesten sehr verdächtig, daß der Justizbeamtenbund, die Soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenschaft und der Reichsverband der Verwaltungsbeamten ankündigen, sich ebenfalls am Streik beteiligen zu wollen.

Das sind Verbände, deren Leitungen deutsch-national bis auf die Knochen sind und die das Streikrecht der Beamten immer verneinen. Die Eisenbahner werden sehr darauf achten müssen, daß ihre wirtschaftliche Bewegung nicht von reaktionären Mächten zu durchsichtigen Zwecken mißbraucht wird.

Ueber die Berechtigung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Beamten braucht kein Wort verloren zu werden. Sie sind berechtigt und müssen und werden von jedem Einsichtigen unterstützt werden.

Der Kampf der Eisenbahner hat seine Bedeutung bekommen durch die geradezu sinnlose Verordnung der Reichsregierung, in der sie das Koalitionsrecht wichtiger Gruppen der Arbeiterklasse im Reiches Recht stellt. Dazu kommt, daß durch die Verordnungen des Reichseisenbahnministers Groener der Achtstundentag der Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Frage gestellt werden soll. Durch diese Angriffe der Reichsregierung auf die wichtigsten Positionen der Arbeiterklasse hat der Kampf erst seine eigentliche Bedeutung erlangt. Die Regierung hat dafür gesorgt, daß eine Bewegung, die sich nur um die Forderungen einer bestimmten Beamtenschaft gruppierte, zu einem Kampfe großer Teile der Arbeiterklasse wurde. Die Quantität schlägt nach dem bekannten Gesetz in die Qualität um, der Kampf beginnt mehr und mehr politische Formen anzunehmen und ist demzufolge von diesen Gesichtspunkten aus zu werten.

Die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zu dem gegenwärtigen Kampfe wäre ohne weiteres gegeben dann, wenn die englische und die französische Arbeiterklasse in den Sympathiestreik für die deutschen Eisenbahner treten würde. Dann wäre der Eisenbahnerstreik das Fanal für den Sturz nicht nur der deutschen, sondern auch der englischen Regierung. Aber mit einer derartigen Entwicklung der Dinge ist gegenwärtig nicht zu rechnen. Zweifellos wird durch die Fortentwicklung der Bewegung, die wie eine Lawine anwachsend, mehr und mehr große Teile der Arbeiterklasse mit sich reißen wird, die politische Situation des Kabinetts Wirth, von Stunde zu Stunde bedenklicher. Die Arbeiterklasse wäre imstande, das Kabinett Wirth über den Haufen zu rennen im Anschluß an eine Bewegung, die eingeleitet wurde von einer Organisation, die bis zur Stunde des Ausbruchs der Kämpfe im Gegensatz stand zu der bisher geübten Taktik der Arbeiterbewegung und die bis heute noch eine starke bürgerliche Orientierung zeigt. Es entsteht die Frage, was würde werden, wenn das Kabinett Wirth durch den Fortgang der Bewegung beseitigt würde. Eine Rechtsregierung wäre unter dem Druck der politischen Situation zunächst undenkbar, insofern wäre die Arbeiterklasse verpflichtet, mit der politischen Macht, die ihr zweifellos in die Hände fallen könnte, die Regierung zu übernehmen. Wir wissen nur allzu genau, daß jede deutsche Regierung im starken Maße abhängig ist von den politischen Entschlüssen

unserer Gegner über dem Rhein und dem Kanal. Welche Haltung würde die Entente einer Arbeiterregierung in Deutschland gegenüber einnehmen. Diese Frage gibt es zu erörtern.

Fest steht die Tatsache, daß durch eine derartige Entwicklung der Dinge die wirtschaftliche Lage in Deutschland in außerordentlichem Maße beeinflusst würde, daß unzweifelhaft die Valuta einen starken Sturz erleiden würde.

Es würden sich ähnliche Situationen ergeben, wie wir sie zeitweise in Rußland erlebt haben. Auch in Rußland drängten die Machtverhältnisse, durch die impulsiven Kämpfe der Arbeiterklasse geschaffen, über ein bestimmtes Maß hinaus, das selbst den führenden Bolschewisten zeitweise wider die Rechnung ging. Sie waren der Auffassung, daß unter dem Druck der Arbeiterklasse, die den Willen, zu kämpfen, hatte, die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen nicht immer genügend beachtet wurden. Wir erinnern an die Tatsache, daß durch die impulsiven Kämpfe der russischen Arbeiter und Bauern der Prozeß der Nationalisierung der kapitalistischen Betriebe weit über das Maß hinausgedrängt wurde, das von den bolschewistischen Kennern der russischen Wirtschaftsverhältnisse als gegeben erachtet wurde.

## Die USPD und der Eisenbahnerstreik.

### Ein Aufruf der Zentrale.

Die Zentralkomitee der USPD, erklärt zu der durch den Eisenbahnerstreik geschaffenen Lage: In dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahnbeamten erblicken wir trotz gegenseitiger Versicherung der Regierung einen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Der Streik der Eisenbahnbeamten galt zunächst der Durchführung gewerkschaftlicher Forderungen. Durch ihre Maßnahmen hat die Regierung das ganze Proletariat herausgefordert. Es ist Aufgabe der USPD, die Grundrechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schützen.

Die USPD fordert nach wie vor sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten.

Die USPD fordert sofortige Verhandlungen mit den Eisenbahnergewerkschaften einschließlich der Organisation der streikenden Eisenbahnbeamten.

Die USPD fordert Schutz des Achtstunden-Arbeitstages, der durch die Pläne eines Arbeitszeitgesetzes in Gefahr ist.

Berlin, den 4. Februar 1922.

Die Zentralkomitee der USPD.

Inwieweit die Möglichkeit einer Umformung der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsverhältnisse in sozialistische gegeben ist, diese Frage wollen wir hier nicht erörtern. Die Durchführung sozialistischer Maßnahmen wird letzten Endes gegeben sein durch das Verständnis der Arbeiterschaft, sich in eine gegebene neue Situation einzufügen. Nach dem 9. November ist das nicht immer in dem erforderlichen Maße der Fall gewesen. Wir sehen die Entwicklung in Rußland, wo gerade die Bolschewisten durch den Zwang der Logik gebrängt werden, aus der Sadgasse herauszugelangen, in die sie durch das impulsive Vorgehen der russischen Arbeiter und Bauern gelangt sind. Wir sehen, wie es gerade die russische Sowjetregierung gewesen ist, die alle Möglichkeiten des Koalitionsrechtes unterbunden hat, wir haben gesehen, wie die russische Sowjetregierung selbst gegen die Vorkämpfer der Revolution in Kronstadt und andern Orten kämpfen mußte, indem man der russischen Arbeiterklasse Rechte vorbehielt, um die in Deutschland zur Zeit gekämpft wird. Die Entrüstung der Kommunisten über unsere Einstellung zu dem gegenwärtigen Kampfe ist daher eine höchst gewagte, da an der Entwicklung in Rußland das Gegenteil von dem gezeigt werden könnte, was von seiten der kommunistischen Partei zur Zeit in Deutschland angestrebt wird. Gewiß kämpft die Arbeiterklasse in Deutschland gegen eine kapitalistische Klassenregierung mit einem reformsozialistischen Einschlag. In Rußland aber werden binnen kurzem die Dinge einen Verlauf genommen haben, in dem die Kapitalisten Westeuropas die Wirtschaft mehr und mehr beherrschen werden und daß in Rußland gegen die Sowjetregierung in absehbarer Zeit ganz ähnliche Kämpfe um das Recht, sich zu koalieren, ausbrechen werden, wie zur Zeit in Deutschland.

Gerade die Entwicklung in Rußland, unter Hinsicht auf die außenpolitische Situation Deutschlands und die Tatsache, daß die französischen und englischen Arbeiter in den in Deutschland ausgebrochenen Klassenkampf nicht eingreifen werden, zwingt uns, die Situation außerordentlich aufmerksam zu beobachten.

Der Kampf um das Koalitionsrecht, der Kampf um den Achtstundentag wird bei allen Arbeitern seine Unterstützung finden.

## Die Lage in Berlin.

### Streik der städtischen Arbeiter.

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Seit gestern morgen 4 Uhr streiken in Berlin auch die städtischen Arbeiter. Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung ist eingestellt. Nur die Krankenhäuser sollten noch versorgt werden. Auf den Straßen haben sich wieder lange Reihen von Leuten gebildet, die Wasser holen. Der Streik kam so überraschend, daß niemand Vorlage getroffen hatte. In den großen Hotels wählten sich die Reisenden mit Mineralwasser waschen, soweit solches vorhanden war. Das einzige Verkehrsmittel ist die Hoch- und Untergrundbahn. Heute früh erschienen nur die Montagopost und der Berliner Vorkammler. Beide Blätter melden, daß auch die Notstandsarbeiten für die Krankenhäuser nicht ausgesetzt würden. Da der Telefonverkehr für Privatsachen eingestellt ist, läßt sich diese Meldung nicht nachprüfen. Die westlichen Vororte Schöneberg, Markendorf und Wilmersdorf, die den elektrischen Strom von Prenzlauerberg beziehen, hatten bisher nicht unter dem Streik zu leiden. Heute soll erneut eine Abstimmung unter den städtischen Arbeitern stattfinden, ob der Streik fortgesetzt werden soll oder nicht.

Im Anschluß an die Sitzung der Regierung in der Reichshausung bezieht die Berliner Montagopost, daß im Laufe des Sonntags die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Weis, sowie die unabhängigen Führer Dittmann und Rosenfeld mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt hätten und mit ihm in Anwesenheit des Verkehrsministers Groener darüber verhandelt hätten, ob die Regierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten nicht doch aufnehmen könne. Die Streikleitung der Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung die Einstellung der Regierung, daß Maßnahmen von Streikführern oder Streikenden nicht vorgenommen werden dürfen und daß nach dem Streik sobald Verhandlungen über die Neuordnung der Schlichter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Berliner Montagopost behauptet weiter, daß nicht diese wirtschaftlichen, sondern auch politische Forderungen gestellt würden. Allerdings gibt sie keine genauen Details und es scheint, als ob diese Nachricht nicht zutrifft. Man will wahrscheinlich die Regierung weiter aufheizen, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen bleibt. Die Streiklage bei der Eisenbahn hat sich verschärft dadurch, daß auch die Lokomotivführer von Baden streiken. Nach einer Mitteilung der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe ist auch in Baden der Eisenbahnerstreik Sonntagmorgen um 12 Uhr ausgebrochen.

Ueber die Beschlüsse der Kabinettsitzung mit den Führern der Koalitionsparteien ist ebenfalls keine Nachricht vorhanden. Die Verhandlungen sind geheim geführt worden und es ist nicht klar, ob überhaupt Beschlüsse gefaßt worden sind. Der Berliner Vorkammler benutzt natürlich die ganze Situation zu einer großen Hege gegen die Regierung und gegen die sozialistischen Parteien. Er behauptet vor allen Dingen, daß eine große Kluft zwischen den Reichssozialisten und den Unabhängigen zutage getreten sei. Alle diese Nachrichten lassen sich in der Geschwindigkeit nicht kontrollieren, da, wie gesagt, der Telefonverkehr für Privatsachen eingestellt ist.

Oberbürgermeister Koch hatte am Sonntag eine Konferenz mit den Dirigenten der Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten, Oberregierungsrat Dr. Weis. Es wurde beschlossen, die städtischen Werke unter den Schutz von starken Abteilungen der Schutzpolizei zu stellen und in den ersten Nachmittagsstunden wurden daraufhin sämtliche Werke, in denen gestreikt wird, besetzt. In den ersten Nachmittagsstunden erfolgte auf Anordnung der Regierung und des Polizeipräsidenten der Einsatz der Technischen Nothilfe in den städtischen Elektrizitätswerken und Gasanstalten mit Ausnahme des Elektrizitätswerkes Südwest, und der Gasanstalt Schmarzendorf. Bis Montag hofft man in allen Werken wieder Elektrizität und Gas zu erzeugen.

Das Personal der Hoch- und Untergrundbahn hält sich bisher noch dem Streik fern. Bisher sind auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß es auch zur Stilllegung dieser Verkehrsmittel kommen wird. Wie der Berliner Vorkammler in später Nachtstunden hört, werden jedoch die Funktionen der Hoch- und Untergrundbahn Montag, früh 8 Uhr, zur Belüftungszweck zusammengetreten. — Auch die Angestellten der Omnibus-Gesellschaft werden zur Lage Stellung nehmen, desgleichen die Fahrer der Kraftwagendroschken.

## Auch die Berliner Telegraphenarbeiter streiken.

Berlin, 6. Februar. (Tl.) Am Sonnabendmorgen sind die Telegraphenarbeiter der Telegraphenämter und Bauämter geschlossen in den Streik getreten. Die Postarbeiter verzichten zur Zeit ihren Dienst noch weiter und es scheint, als ob bei ihnen keine Meldung besteht. Nach dem Streik der Telegraphenarbeiter anzuschließen. Der Ausstand der letzteren hat auf den Dienstbetrieb der Telegraphenämter keinen unmittelbaren Einfluß. Nur der sogenannte Außendienst, der Bau von Leitungen, Beseitigung von Störungen usw. ist lahmgelegt.

## Die Streikbewegung im Reiche.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Der Streik hat sich auf Mecklenburg ausgedehnt. Der Süden ist bis auf Baden nach wie vor streikfrei. Die Zahl der Streikenden ist im allgemeinen gleich geblieben. Der Ausfall der Spinnorganismen der Gewerkschaften hat auf die Streikenden